

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 54.

Freitag, den 6. Juli

1888.

## Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche auf den Namen **Karl Heinrich Hugo Kayser** eingetragene Grundstück, Rittergut, Nr. 199 a, 200 a, 203 a, 203 b, 205 a, 205 b, 213 a, 197, 198, 199 b, 200 b, 202, 204, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213 b, 214, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 225, 226, 227, 228, 229 a, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 268, 269, 270, 271, 671, 732, 733, 734, 740, 741, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 761, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787 und 788 des Flurbuchs, Nr. 77 des Brd.-Cat. für Neukirchen und Fol. 483 des Grundbuchs des kgl. Amtsgerichts Dresden, Abthlg. IV b als Lehnhofs, bestehend aus Wohnhaus, Glashaus mit Anbau, Brauerei- und Brennereigebäude, Gärtnerhaus und Wirtschaftsgebäuden, Hofraum, Park, Gärten, Teich, Feld, Wiese, Holz und Sandgrube, nach dem Flurbuche 235 Hekt. 78,5 Ar groß und mit 7336,90 Steuereinheiten belegt, geschätzt auf 562,100 Mk. soll an hiesiger **Amtsgerichtsstelle** zwangsweise versteigert werden und ist

der 21. Juli 1888 Vormittags 10 Uhr  
als Versteigerungstermin,

sowie

der 31. Juli 1888 Vormittags 10 Uhr  
als Termin zu Verkündung des Vertheilungsplans anberaumt worden.

Eine Uebersicht der auf dem Grundstücke lastenden Ansprüche und ihres Rangverhältnisses kann in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Amtsgerichts eingesehen werden.

Wilsdruff, am 1. Juni 1888.

Königliches Amtsgericht.  
Dr. Gangloff.

## Auction.

Freitag, den 13. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr, gelangen im hiesigen k. Amtsgerichte 4 Hobelbänke, 4 Zeugrahmen, verschiedene Hobel, 2 Sägen, 5 Dyd. Schrauben und 1 Dyd. Keilzwingen, sowie 1 Küchenschrank und 1 Etageöre gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung.

Wilsdruff, am 5. Juli 1888.

Matthes, Gerichtsvollzieher des k. Amtsgerichts.

## Tagesgeschichte.

Berlin. Ueber die Reise unseres Kaisers nach St. Petersburg liegen definitive Bestimmungen vor. Danach wird sich Kaiser Wilhelm am 13. Juli in Kiel einschiffen und begleitet von einem Geschwader unter Befehl des Prinzen Heinrich die Fahrt antreten. Die Begegnung der beiden Monarchen wird auf russischem Boden stattfinden. Aus Petersburg wird gemeldet daß dort Vorbereitungen getroffen werden, um dem deutschen Kaiser ein großes militärisches Schauspiel bieten zu können, ferner, daß die gesammte Petersburger Presse den bevorstehenden Besuch des Kaisers Wilhelm in Petersburg hocherfreut bespricht und erwartet, daß im Anschluß daran eine glückliche Lösung der bulgarischen Frage erfolgen werde. In Wien erwartet man von der Begegnung des Kaisers Wilhelm mit dem Zaren nach einer Meldung des Bureaus Reuter von dort, daß, obwohl keinerlei politische Unterhandlungen zwischen beiden Souveränen bevorstehen, dieselbe zur Herstellung eines Verhältnisses zwischen Petersburg und Wien führen werde, welches Rußland und Oesterreich in den Stand setzen würde, sich gegenseitig gute Dienste zu leisten und möglicherweise in einem stillschweigenden Seltenlassen des österreichischen Einflusses in Serbien und des russischen Einflusses in Bulgarien, sowie auch in der Herbeiführung einer Genußthung für Rußland gipfeln könnte.

Der Bundesrath wird nach sehr angestrebter Arbeit zu Ende dieser Woche in die Ferien gehen. Die Ausschüsse des Bundesraths, welche mit der Vorberathung, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter betraut sind, haben ihre Arbeiten so weit beendet, daß am Dienstag die Schlußfassung stattfinden konnte, in welcher die endgültige Fassung des Gesetzesentwurfs in Paragraphen festgestellt wurde. Wie bereits bekannt geworden, haben die Ausschüsse wesentliche Aenderungen des ursprünglichen in seinen Grundzügen bekannt gewordenen Entwurfes vorgenommen, insbesondere ist die berufsgenossenschaftliche Organisation für die Alters- und Invalidenversicherung nicht aufrecht erhalten, sondern die territoriale Abgrenzung für die einzeln zu errichtenden Versicherungsanstalten angenommen worden. Es ist kaum zu zweifeln, daß in Preußen die Organisation für die Alters- und Invalidenversicherung sich an die Kommunalverbände angliedern ließe, somit vielleicht für je eine Provinz, mitunter auch vielleicht für zwei eine Versicherungsanstalt zu errichten wäre. Für die größeren Bundesstaaten, wie Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, dürfte eine Versicherungsanstalt, und für die kleineren Staaten immer für einige zusammen eine Versicherungsanstalt errichtet werden. Was die Altersrente für die Arbeiter anbelangt, so soll dieselbe nach einer Carenzzeit von 5 Jahren mit 120 Mark beginnen und bis zu 250 Mark steigen.

Als Minister des Inneren in Preußen ist in überraschender Weise der bisherige Unterstaatssekretär Herrfurth in demselben Ministerium ernannt worden. Die Besetzung dieses hohen Postens durch Herrn Herrfurth darf aber immerhin als eine recht glückliche Lösung der mit der Besetzung dieser Ministerstellung verbundenen Schwierigkeiten bezeichnet werden, denn Herr Herrfurth ist kein ausgesprochener Parteimann, wohl aber ein sehr tüchtiger Verwaltungsbeamter, der neue Minister dürfte also, weder von der Parteien Gunst, noch Haß beeinträchtigt, sein hohes Amt unparteiisch verwalten können. Minister Herrfurth ist im Jahre 1830 geboren, er begann seine Beamtenlaufbahn in Westfalen, kam 1870 als vortragender Rath in das Ministerium des Inneren und wurde 1880 Unterstaatssekretär.

Zu dem Kaiserbesuch in Petersburg wird der „Nat. Ztg.“ geschrieben: „Die Ausnahme, welche die Aeußerungen des deutschen Kaisers

in der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages mit Bezug auf Rußland in den Betracht kommenden Preorganen Oesterreich-Ungarns und Italiens gefunden hat, läßt erkennen, daß dieselben weder in Wien, noch in Rom überraschend gekommen sind, sondern einer auch an den dortigen Höfen bereits vorwiegenden Auffassung der Dinge entsprechen. Aber auch in Petersburg scheinen dieselben auf einen wohl vorbereiteten Boden gefallen zu sein, denn selbst ein Theil der panslawistisch russischen Presse freut sich der erwähnten Aeußerungen und erblickt in ihnen die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der orientalischen Schwierigkeiten. Wenn die „Moskauer Zeitung“ dabei beharrt, ein Bündniß Deutschland mit Oesterreich-Ungarn sei unvereinbar mit einer Freundschaft zwischen ihm und Rußland, Deutschland müsse zwischen beiden wählen; von Oesterreich-Ungarns Freundschaft dürfe in Rußland erst gesprochen werden; wenn jenes allen Machtansprüchen auf der Balkanhalbinsel feierlich entsage, so entspringen derartige Auslassungen eben ganz derselben Quelle, wie die Nörgeleien französischer Chauvinistenblätter an den friedlichen Erklärungen des deutschen Kaisers und den Jörn des „Pester Lloyd“ über das Gerücht, es bestehe hinsichtlich Bulgariens bereits ein deutsch-russisches Programm, demzufolge Prinz Ferdinand Fürst von Bulgarien bleiben solle, aber einen russischen Kriegsminister sich gefallen lassen müsse: dem Aerger über den Ernst der deutschen Friedenspolitik und getäuschten chauvinistischen Hoffnungen. Was das Wählen zwischen Rußlands und Oesterreichs Allianz anbelangt, so hat Deutschland bereits gewählt, worüber zuletzt Kaiser Wilhelm II. sich deutlich genug geäußert hat, und ein Uebergang Deutschlands von Oesterreich zu Rußland wäre doch gewiß nicht das geeignete Mittel, den Frieden besser als bisher zu sichern; im Gegentheil, es käme einem Falllassen der Friedenspolitik durch Deutschland gleich. Wohl aber liegt der Gedanke nahe, daß es dem deutschen Einflusse und der Entwicklung der Dinge im Oriente selbst gelungen ist, in Wien und Rom dem Gedanken an eine Zufriedenstellung Rußlands innerhalb der Grenze berechtigter Wünsche und auf Grund der Verträge gestellter Anforderungen freie Bahn zu schaffen. Eine solche Wendung, in Petersburg richtig aufgefaßt und benützt, wäre allerdings der sicherste Weg, zu einer friedlichen Beilegung der bulgarischen Frage zu gelangen. Bulgarien, in solchem Falle lediglich auf die platonische Unterstützung Englands angewiesen, wäre nicht im Stande, Beschlüssen der genannten vier Mächte zu widerstehen. Der innere Zwiespalt ist wieder anlässlich des Falles Popoff deutlich zu Tage getreten, und solche Zustände sind nicht geeignet, die Widerstandskraft eines Landes zu erhöhen. Es wäre nicht zu verwundern, wenn im Zusammenhang mit den Besuchen des deutschen Kaisers am russischen Hof und bei den mit ihm verbündeten Monarchen die bulgarische Frage wieder mehr in den Vordergrund treten sollte. Ist dies der Fall, so geschieht es aber gewiß nicht in dem von den Friedensfeinden erhobten Sinne, daß die bulgarische Frage als trennender Keil zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien sich einschleibt, sondern im geraden Gegentheil zu den Endzwecken, auch Rußland dem Friedensbündnisse wieder näher zu bringen.“

Von Sozialdemokraten wurde bekanntlich im April d. J. ein hier in Berlin gedrucktes Flugblatt verbreitet, das von schamlosen Angriffen gegen Kaiser Friedrich III. und den jetzigen Kaiser sprach. Nach langen Bemühungen gelang es der Polizei, eine Anzahl Sozialdemokraten, welche das Flugblatt verbreitet hatten, zur Haft zu bringen. Die Untersuchung ist nunmehr zum Abschluß gebracht und es werden der „Nat.-Ztg.“ zufolge die Anklagen lauten: auf Majestätsbeleidigung, Beleidigung von Mitgliedern